

DAV-Depesche

DeutscherAnwaltVerein

Nr. 30/14

31. Juli 2014

1. Ein Jahr ist um – und was hat der DAV bewegt? Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung des DAV

Der Deutsche Anwaltverein umfasst eine große Anwaltswelt: 257 Anwaltvereine (davon 11 im Ausland), 16 Landesverbände, 29 Arbeitsgemeinschaften, 36 Gesetzgebungsausschüsse, DAV-Vorstand und Präsidium bilden eine starke Gemeinschaft, um sich für die rund 67.000 Mitglieder einzusetzen. Was konkret auf allen Ebenen und in allen Bereichen passiert, können Sie im Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung des DAV lesen. Jedes Mitglied eines Anwaltvereins wird den Tätigkeitsbericht als „Heft-im-Heft“ zum Herausnehmen in der Doppelausgabe August/September des Anwaltsblatts erhalten, das in dieser Woche versendet wird. Außerdem ist finden Sie als PDF-Dokument [hier](#).

2. Mietpreisbremse: Nach wie vor Nachbesserungsbedarf

Der Referentenentwurf für ein Mietrechtsnovellierungsgesetz ist in der Diskussion. Auch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat laut Medienberichten signalisiert, dass es Änderungen an dem ursprünglichen Entwurf geben wird. Der Deutsche Anwaltverein (DAV) hat deshalb in einer aktuellen Pressemitteilung ([PM 22/14](#)) noch einmal auf seine Stellungnahme Nr. [28/2014](#) aufmerksam gemacht. Demnach ist es u. a. notwendig, klare Vorgaben für die Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete zu schaffen. Wichtig wäre eine einheitliche gerichtliche Überprüfungsmöglichkeit, damit Mieter und Vermieter die Gültigkeit der Verordnung, mit welcher ein Gebiet mit angespanntem Wohnungsmarkt festgelegt wird, unmittelbar gerichtlich überprüfen lassen können. Unbestimmte Begriffe wie „umfassende Modernisierung“ und „neu erstellte Wohnung“ müssten konkretisiert werden. Bei dem Bestellerprinzip hinsichtlich der Maklerbeauftragung sieht der DAV erhebliche Probleme in der Praxis, das gesetzgeberische Ziel überhaupt zu erreichen. Daher schlägt der DAV vor, das Maklerhonorar grundsätzlich zwischen Vermieter und Mieter hälftig zu teilen.

3. Neuer Präsident der EU-Kommission stellt seine Leitlinien vor

Jean-Claude Juncker hat anlässlich seiner Wahl zum Präsidenten der neuen EU-Kommission seine [politischen Leitlinien](#) vorgestellt. Diese sollen Grundlage für die jährlichen Arbeitsprogramme der EU-Kommission sein. Zu den zehn genannten Politikbereichen gehört auch die Verwirklichung eines vernetzten digitalen Binnenmarktes. Hierzu zählen der Abschluss der Verhandlungen über den europäischen Datenschutz, die Modernisierung des Urheberrechts sowie die Vereinfachung der Verbrauchervorschriften beim Online-Kauf. Weiterhin soll unter Junckers Präsidentschaft das Freihandelsabkommen mit den USA ausgehandelt werden. Er stellte dabei jedoch klar, dass er nicht bereit sei, europäische Standards im Bereich Sicherheit, Gesundheit, Soziales, Datenschutz oder kulturelle Vielfalt auf dem Altar des Freihandels zu opfern. Des Weiteren soll die Verwaltungszusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden gefördert werden, um den Kampf gegen Steuerumgehung und -betrug zu verstärken. Zur Vermeidung von Sozialdumping soll die Umsetzung der Entsenderichtlinie gezielt überprüft werden. Schließlich forderte Juncker neben einem schnellen Abschluss des EU-Beitritts zur Europäischen Menschenrechtskonvention auch die vollständige Umsetzung der gemeinsamen Asylpolitik sowie die Ausräumung der Divergenzen in deren nationaler Umsetzung.

4. Mitteilung [COM\(2014\) 144](#) „Stärkung von Vertrauen, Mobilität und Wachstum in der Union“ insbesondere bezüglich der Rolle des Notars im Justizsystem

Im Rahmen des ausgelaufenen Stockholm-Programms und im Nachgang zur Veranstaltung „Assises de la Justice“ stellte die Kommission am 12. März 2014 in der Mitteilung COM(2014) 144 die Ziele der zukünftigen EU Justizpolitik vor. Am 27. Juni 2014 legte der Rat strategische Leitlinien für die Programmplanung der kommenden Jahre fest. Vor diesem Hintergrund möchte der Deutsche Anwaltverein als Vertreter der Anwaltschaft und des Anwaltsnotariats das Notariat und die Tätigkeit der Notare eigens in das Gesamtbild der Streiterledigung und der vorsorglichen rechtlichen Hilfeleistung einbringen. Die von der Kommission im Rahmen des Justizgipfels „Assises de la Justice“ veröffentlichten Dokumente behandeln die Notare nicht, streifen und akzentuieren aber deren Arbeitsgebiete ohne Bezugnahme auf die Berufsgruppe. Die vorsorgende Rechtspflege als System findet in den genannten Dokumenten keine Beachtung. Sie hätte aber nach Ansicht des DAV bei der Perspektivbildung der EU-Justizpolitik 2014 bis 2020 mit dem Notariat als entscheidendem Sachwalter gesondert herausgestellt werden sollen. Näheres entnehmen Sie bitte der Stellungnahme Nr. [38/2014](#).

5. TV-Köchin Sarah Wiener fordert im „[Ortstermin](#)“ Steuer auf krank machende Lebensmittel

Gastronomin Sarah Wiener fordert schärfere gesetzliche Regelungen für Lebensmittel. Neben einer höheren Besteuerung von süßen und fettigen Lebensmitteln befürwortet Wiener auch die Einführung einer Nährwert-Ampel. Das verriet Wiener der Deutschen Anwaltsauskunft bei einem Gespräch für die Interview-Reihe „Ortstermin“. Das Video finden Sie [hier](#).

v.i.S.d.P.: Rechtsanwalt Swen Walentowski, Pressesprecher des DAV, Berlin
Für eine **Abmeldung** aus dem Verteiler senden Sie eine E-Mail an depesche@anwaltverein.de.
DEUTSCHER ANWALTVEREIN – <http://www.anwaltverein.de/leistungen/dav-depesche>
Littenstraße 11, 10179 Berlin, Tel.: 030 726152-0, Fax: 030 726152-190
Depesche Nr. 30/14 - Alle Angaben ohne Gewähr und Anspruch auf Vollständigkeit. © 2014 DAV